

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.00 M. monatlich 1.10 M. wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsblätter mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 M. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich Ungarn 2 M. für das übrige Ausland 3 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserations-Gebühr
 Gebührt für die sechsgehaltene Kolonnenbreite oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Beitritt- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (teilgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Wittwoch, den 16. Dezember 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Quittung.

Im Monat November gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Altenburg, Beitrag des Wahlkreises für 3. Quart. 08 60.—, Groß-Berlin a Konto seiner acht Wahlkreise 20.000.— (darunter A. Zieg, Vorländer Str. 61 10.—, Alee 1.—, Kollegen der Allgem. Metallwerke für Beleuchtung, Rotherstr. 20/23, Abteilung Dreher durch H. Kemnitz 10.—, Depeschensüberlauf, die 1. Abt. 1.—, Monatsbeitrag Reichle für Oktober 10.—, gesammelt in der Fabrik von Ade 3.10, A. V. Mitter 1.—, Dr. med. J. M. 3.—, Kranzüberlauf 3.00, Bezirk 067 durch Domasche 2.05, Bezirk 683a, Laas 10.—, Bezirk 061, Kranzüberlauf 0.65, Arbeitgeber-Gewerewahl, 8. Abt. 1.—, Monatsbeitrag Reichle für November 10.—, Kranzüberlauf A. G. G. durch Dillmann 4.15, Mitglieder der Union-Druckerei 6.75, Schuberth Berlin aus Nürnberg 4.90, Hilfsarbeiter der Druckerei Vorwärts, Werkstatt 5.—, Kranzüberlauf der Firma C. H. S. 4.50, durch Timm 4.15, Berlin, diverse Beiträge: Dr. A. H. 25.—, von Borgmann durch die Bauphilosophen 5.—, R. B. 2.—, Radesch, Oktober-November 10.—, Dr. L. H. 100.—, „Kadifal“ 3.—, Gutenberg 48.30, Die Kontobuchhalter vom Bedding 5.—, Ueberlauf zweier Märztagungsammlungen 1907/08 E. S. H. 33.40, Gesammelt bei der Auslieferung des Herrn Fr. Wölle 4.—, Ueberläufe der Druckerei von G. S. Hermann 16.50, A. B. 50.—, S. E. 50.—, „Abt“ 5.—, von den Buchdrucker-Hilfsarb. im „Vorwärts“, Abt. Rotationsaal 5.—, Anabe 5.—, Strauß-Gubert 1.00, Braunschweig, 1. Wahlkreis für 3. Quart. 08 642.50, Desgleichen 2. Wahlkreis 112.88, Desgleichen 3. Wahlkreis 100.12, Pant, Beitrag des Wahlkreises für den 2. oldenburgischen und 2. hannoverschen Wahlkr. für 3. Quart. 08 599.50, Vöelz, von den blauen Brüdern aus dem Sanatorium A. I. 15.—, Baden-Paben, 8. badischer Wahlkr., 3. Quartal 08 36.45, Badnang, 11. württemberg. Wahlkreis für 3. Quart. 08 36.08, Fern 50.—, Breslauer Agitationsbezirk für 3. Quartal 08, Wahlkreise: Breslau-Land 167.20; Bries 40.20; Ohlau 34.04; Siegnitz 143.54; Müllisch 3.40; Reusdorf (Oberf.) 9.20; Reiche 8.40; Westfälisch 11.50; Oppeln 4.24; Sa. 421.72, Deutsch-Tarnowitz, Wahlkreisbeitrag f. 3. Quart. 08 28.78, Cassel-Neulungen, sozialdemokr. Wahlkr. f. 3. Quart. 08 890.12, Chemnitz, Deutsches 1000.—, Dresden-Land, 6. sächs. Wahlkreis a Konto der Beiträge für 1908/09 1000.—, Diedenhofen, Wahlkreisbeitr. f. 3. Quart. 08 12.52, Dürren-Jülich, Beitrag des Wahlkreises f. 3. Quart. 08 18.—, Detmold, 3. oldemb. Wahlkreis 57.10 (darunter Lemforder f. 2. Quart. 08 18.10, desgl. 3. Quart. 19.20; Gandereslee f. 2. Quart. 08 19.20), Ehlingen, sozialdemokr. Kreisverein f. d. 5. württ. Wahlkr. 3. Quart. 08 210.92, Erstein-Weißheim, Wahlkreisbeitrag f. 3. Quart. 08 19.32, Falkenberg (Oberf.) 3.—, Flensburg, sozialdemokr. Zentralwahlverein des 1. u. 2. slesw.-holst. Wahlkreises für 2. Quartal 08 261.72, Frankfurt a. M., Beitrag der Parteioffizianten für 3. Quartal 08 1000.—, Fürth, G. B. 3.—, Göttingen, 10. württemberg. Wahlkreis f. 3. Quart. 08 166.24, Gleiwitz, Wahlkreisbeitrag f. 3. Quartal 08 7.25, Hannover, 8. hannov. Wahlkr. a Konto der Beiträge f. Sept. und Oktober 08 1000.—, Höchst-Usingen-Domburg, a Konto der Beiträge für 2. und 3. Quartal 1908 500.—, Köln am Rhein, Reg. B. 20.—, Kottowitz-Jabrze, Wahlkreisbeitrag für 3. Quart. 08 30.51, Limm, Kreiswahlverein des 9. hannov. Wahlkr. für 2. Halbjahr 1907/08 516.—, Ludwigshafen a. Rh., a Konto der Beiträge der sechs sächs. Wahlkreise für 3. Quart. 08 700.—, Ludwigshafen a. Rh., Rückzahlung des Bundes-Pfals auf Landtagswahlarbeiten 800.—, Lübeck, sozialdemokr. Verein für 3. Quart. 08 770.—, München, Gau Südbayern, Beitrag für 3. Quart. 08, Wahlkreise: München I u. II 715.14; Scharach 33.33; Jungshafen 17.87; Wasserburg 1.32; Weilheim 15.45; Rosenheim 65.46; Traunstein 21.03; Landshut 7.53; Pfarrkirchen 16.80; Wertingen 11.88; Immenstadt 32.73; Summa 937.04, Nübbhauen 1. Thür., Kreisverein für 3. Quartal 08 46.40, Neuwied, Wahlkreisbeitrag für 3. Quartal 08 8.10, Oberlangenshauer Agitationsbezirk für 3. Quart. 08, Wahlkreise: Dirsdberg-Schönau 27.55; Landesgut-Vollensbain-Zauer 75.—; Reichenbach-Neurode 257.90; Striegau-Schweidnitz 190.—; Waldenburg 246.—; Summa 805.45, Pörsheim-Durlach, 9. bad. Wahlkr., für 3. Quart. 08 249.50, Ronndorf, Wahlkreis Lennep-Remich-Mettmann, für 3. Quart. 08 500.—, Ratibor, Wahlkreisbeitrag für 3. Quart. 08 10.00, Stuttgart, 1. württemberg. Wahlkr., für 3. Quart. 08 588.92, Schleswig, sozialdemokr. Zentralverein des 3. slesw.-holst. Wahlkreises, für 3. Quart. 08 129.58, Salzweid-Gardelogen, Wahlkreisbeitrag für 3. Quart. 08 18.20, Soest, sozialdemokr. Verein Hamm-Zoest 3. Quart. 08 295.—, Stadelsdorf, Rüstentum Lübeck, 2. Quartal 08 153.60, Schwarmberg, 8. württemberg. Wahlkr. 3. Quart. 08 25.00, Schüttigheim, Parteibeitrag für 2. Quart. 08 37.32, Schwedt, Wahlkr. Prenzlau-Angermünde 8. Quart. 08 80.—, Helzen, Kreiswahlverein des 15. hannov. Wahlkr. f. 3. Quart. 08 50.—, Ulm, sozialdemokr. Kreisverein des 14. württemberg. Wahlkr. f. 3. Quart. 08 70.20, Vegehof, sozialdemokr. Kreiswahlverein des 18. hannov. Wahlkr. f. 2. Halbjahr 08 265.—, Zeit-Weihenfels-Naumburg, a Konto des Wahlkreisbeitrages für 1908/09 300.—

Berlin, den 14. Dezember 1908. Für den Parteivorstand: A. Gerlich, Lindenstr. 69.

Die Brausteuern.

Der 100 Millionen-Raubzug, den die Finanzreform am Brauntwein vornehmen will, erhält sein ebenbürtiges Seitenstück in der zweiten 100 Millionen-Verteuerung, an die das Bier glauben soll. Und mit derselben widerlichen Heuchelei, mit der bei der Brauntweinsteuer der Schutz der Volksgesundheit gegen alkoholische Vergiftung als Vorwand für die Fällung des Steuerfälls benutzt wird, genau mit derselben dummdreisten Ausrede beginnt auch die Begründung der Brausteuervorlage. „Das Bier ist“, heißt es da, „in gleicher Weise wie Wein, Branntwein und Tabak ganz besonders geeignet, als Träger einer indirekten Steuer zu

dienen, weil zur Uebernahme der an den Biergenuß gebundenen Steuerlast keinerlei in den Lebensbedingungen begründeter Zwang besteht und auch das Maß der Steuerleistung vollkommen in das freie Ermessen eines jeden gestellt ist.“

Genau das Gegenteil ist richtig. Leider besteht nur allzu sehr ein „in den Lebensbedingungen begründeter Zwang sowohl für den Genuß von Bier wie für den von Branntwein. Wie wir bereits in unseren Artikeln gegen die Brauntweinverteuerung ausführten, sind es in erster Linie und hauptsächlich die Lebensverhältnisse, welche zum Schnapsgenuß treiben. Ist es hier die Not, vor allem die schlechte Ernährung und Ueberarbeit, so ist es beim Bier zumeist das Wohnungseld, das in die Bierhäuser treibt. Millionen, namentlich in den Großstädten, haben kein Heim, in dem sie sich nach des Tages Arbeit erholen können — die schlechteste Kneipe ist gegenüber der Behausung, in der sie, oft noch zusammengepfercht mit vielen Schicksalsgenossen, ihre Erholung finden sollen, ein Prunkraum. Zu Hause wieder und immer wieder Kummer und Sorge als ständiger Gast — im Bierhaus die Behaglichkeit, die Zerstreuung, das Vergessen. Dazu kommt noch, daß weitere Millionen durch ihren Beruf gezwungen sind, außerhalb ihrer Behausung die Mahlzeiten einzunehmen, und es sind gerade die arbeitenden, also nicht die reichen Schichten der Bevölkerung, die infolge dessen zum Biertrinken gezwungen sind. Uebrigens, wenn es nach den Gelüsten der um ihr Schnapsgeschäft bangenden Konserativen geht, wird auch noch, wie die Reichstagsverhandlungen zeigten, eine Steuer auf alkoholfreie Getränke kommen und sicherlich wird dann dieser oder der nächste Spdow in der Begründung der Vorlage schreiben: es bestehe keinerlei in den Lebensbedingungen begründeter Zwang, Selterwasser zu trinken.

Wäre es der Regierung ernst mit ihrer Bekämpfung der Trunksucht, so dürfte sie nicht durch Verteuerung der alkoholischen Getränke diejenigen noch ärmer machen, die jetzt durch ihre Lebensbedingungen zu deren Genuß gezwungen sind, sondern sie müßte die Lebensbedingungen der Volksmassen derart ändern, daß dieser Zwang nicht mehr besteht. Nur durch weitestgehende Sozialreform kann der Alkoholmißbrauch bekämpft werden und die Finanzreform darf sich daran nicht daburch beteiligen, daß sie durch Steuererhöhung das Volk noch ärmer macht, sondern sie müßte durch Beseitigung aller die Lebensmittel verteuernenden Steuern und Zölle die Lebensbedingungen des Volkes verbessern. Billiges Brot, billiges Fleisch, Verkürzung der Arbeitszeit und ausreichender Arbeitelohn auf allen Erwerbsgebieten — das sind die einzigen Mittel, um den Alkoholmißbrauch zu bannen.

Wenn die neue Steuervorlage wenigstens die Steuerfreiheit des alkoholschwachen Bieres bringen würde! Statt dessen soll das obergärige Bier, das nur 1/4 bis höchstens 1/2 soviel Alkohol enthält als das Lagerbier, künftig um 40—60 Proz. höher belastet werden als verhältnismäßig nach den zu seiner Herstellung erforderlichen Braustoffen das Lagerbier belastet ist.

In Norwegen, wo es die Regierung mit der Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs ernst nimmt, ist ein Gesetz in Vorbereitung, das in weitestem Maße die alkoholschwachen Getränke bevorzugt und zwar sollen diese vollkommen steuerfrei bleiben und nur die alkoholschwachen Biere sollen nicht nach jedermanns Geschmack sind, vor allem aber auch nicht auf größere Strecken verandfähig und nicht für längere Zeit haltbar, will das dort geplante Gesetz auch nach untergäriger Braumethode gebrante alkoholschwache Biere steuerfrei lassen und da diese in ihrem Geschmack sich fast gar nicht von alkoholschwächeren untergärigen, den sogenannten Lagerbieren unterscheiden, kann diese Maßnahme allerdings geeignet sein, den Alkoholmißbrauch etwas einzudämmen, wenn wir auch die Wirkung solcher Palliativmittel gewiß nicht überschätzen.

Sicherlich aber führt die bei uns geplante verhältnismäßig höhere Besteuerung der obergärigen alkoholschwachen Biere zum völligen Verschwinden dieser Brauereierzeugnisse. Sind doch ohnehin gegenüber der Konkurrenz der großkapitalistischen Lagerbierbrauereien die obergärigen wie die kleineren untergärigen Brauereien fortwährend im Rückgang. Die neue Steuer wird diese Kapitalkonzentration beschleunigen. Zwar meint Herr Spdow, die Steuererhöhung werde von den Brauereien auf die Konsumenten abgewälzt werden, aber erstens werden sich die Konsumenten diese Abwälzung nicht so widerstandslos gefallen lassen und zweitens wird, falls sie unterliegen, der Bierverbrauch zurückgehen, nicht zum Nutzen der Abstinenz oder Temperenz, sondern im Gegenteil: zum Nutzen der Schnapsbrenner. Denn jede Verteuerung des Bieres hat in den ärmsten Bevölkerungsschichten die Vermehrung des Schnapsstrinkens zur Folge! Das ist ja gewiß für die abligen wie nichtabligen Liebesgabelschlauer eine große Freude, aber es schlägt das der vom Staatssekretär des Reichsschatzamts in der Begründung seiner Vorlagen so eifrig beteuerten Sympathie für die Antialkoholbestrebungen direkt ins Gesicht. Eine zweite Konsequenz der Biersteuererhöhung wird die sein, daß innerhalb des Brauereigewerbes noch rücksichtsloser

und heftiger der Kampf um den Absatz entbrennen wird, wie bisher. Ueberwiegt doch ohnehin das Großkapital in der Brauerei mehr wie in irgend einer anderen Industrie.

Von dem gesamten Malzverbrauch entfielen 1906 auf die 388 nicht gewerblichen Brauereien, die vorwiegend obergäriges Bier herstellen und nicht über 5 Doppelzentner Malz im Jahre verwenden haben, nur acht Tausendstel des gesamten Malzverbrauchs. Auf die gewerblichen unter- und obergärigen Brauereien mit einem Malzverbrauch von jährlich höchstens 150 Doppelzentner entfielen nur anderthalb Prozent des Malzverbrauchs. Dagegen hat die größte Brauerei mit 268 000 Doppelzentner jährlichem Malzverbrauch mehr produziert als die 3174 kleinen Brauereien (bis zu 250 Doppelzentner Malzverbrauch) zusammen.

Und auf alle mittleren Brauereien (mit 250 bis 5000 Doppelzentner Malzverbrauch jährlich) samt den Kleinen entfielen nur 38 Proz. der Produktion, während auf die Großen (von 5000 bis 268 000 Doppelzentner) 61,5 Proz. entfielen! Von Jahr zu Jahr geht die Zahl der kleinen und mittleren Brauereien zurück. 1887 betrug die Zahl der kleinen Brauereien in Norddeutschland 8605, im Jahre 1906 waren es nur noch 5424! Dabei stieg die Produktion von 27 476 auf 45 867 Hektoliter Bier! Die Vorlage verschweigt — wie dies bei Spdows Vorlagen ja üblich — diese wie jede andere für die Lage des Gewerbes bedeutungsvolle Aufklärung und es wird Aufgabe der Kommission sein, zu fordern, daß ihr eine genaue Aufstellung von Jahr zu Jahr über die Zahl der im Betriebe befindlichen, der eingegangenen und der neugegründeten Brauereien vorgelegt wird. Sie wird dann sehen, daß es nicht nur die ganz kleinen und obergärigen Brauereien sind, die verschwinden, sondern auch größere Lagerbierbrauereien, die von den Riesenbetrieben niederkonkurriert worden sind. Ihren Betrieb haben eingestellt im Jahre 1905: 209, 1906: 210, 1907: 237 Brauereien. In Konkurs gerieten: 1906: 67, 1907: 80 Brauereien. Schon infolge der Brauereierhöhung von 1906 hat sich die Zahl der in der Brau- und Malzindustrie beschäftigten Arbeiter um dreitausend vermindert! Eine weitere Erhöhung der Steuer wird noch eine weit größere Arbeiterzahl brotlos machen, denn die neue Steuererhöhung wird den Bierverbrauch nach Schätzung der Sachleute um ein Drittel verringern und demgemäß Arbeiter überflüssig machen.

Eine dringende Mahnung an alle Brauereiarbeiter, sich zu organisieren, ehe es zu spät ist!

Die neue Brausteuern wird die Kapitalkonzentration außerordentlich fördern, die Klein- und Mittelbetriebe werden verschwinden, nur die wenigen Großbetriebe — es sind jetzt 302 von 5727 Brauereien — bleiben dann übrig. Es scheint, als ob die Regierung dieses Endziel erstrebt, um ein Biermonopol in die Wege zu leiten. Steuerhungrige Schatzknechte werden dann zu dieser Expropriation schreiten — freilich nicht im Interesse der Gesamtheit, sondern für den nimmermatten Militarismus und Marinismus. Dieselbe Regierung, die bei den Hurravahlen sich als Schützerin des Kleinengewerbes und Mittelstandes aufspielte, zögert nicht einen Augenblick, diesen zu verraten, wenn sie dafür recht viel Silberlinge erhält.

Das Kamarillatreiben.

Auch der Kampf der Kamarilla hat seine eigene Taktik. Und Fürst Bülow hat schon in der Eulenburg-Kampagne bewiesen, daß er diese Gesehe kennt. Es ist daher nicht zu verwundern, daß, nachdem der Zwed der ersten Nachrichten, die Aufmerksamkeit auf das Treiben der Gegner des Kanzlers zu richten, erreicht worden ist, dieselben Zeitungen, die zuerst die Alarmnachrichten brachten, jetzt abzuweichen beginnen. Ruh ja auch dem Kanzler viel daran gelegen sein, den Schein zu vermeiden, als ob er mit diesem Treiben, das allerdings für ihn so nützlich ist, irgendwie in Verbindung stehe. Deshalb geht heute der „Hamburgische Korrespondent“, der die Auslassungen der „N. Zeitsch.“ zuerst übernommen hatte, gegen diejenigen los, die gegen den Kaiser zu Felde ziehen; das Blatt zieht sich auf die erste Lösung zurück, die nach dem Siege Bülows von den Offiziellen ausgeben wurde: „Es muß unter alles, was vor dem 17. November liegt, ein Strich gemacht werden“. Auch die Bülow-offizielle „Frankf. Ztg.“ rüdt zum Schutze des Kanzlers aus. Sie läßt sich aus Berlin folgendes melden:

„So wenig zurzeit von einer am Werke befindlichen Kamarilla zu erkennen ist, so wenig ist davon etwas zu erkennen, daß die Vertimmung und Gegnerschaft, die hier und da gegen den Reichskanzler durch den 17. November entstanden sein mag, sich zu irgend einer Organisation oder Aktionsfähigkeit im Sinne einer Reaktion gegen den 17. November herausgebildet habe. Der daraus mehrfach gezogene Schluß, daß der Kaiser gegen den Kanzler verstimmt sei, daß er ihm den 17. November schließlich doch nicht vergeben werde, ist falsch. Wir glauben, Bülow genießt das Vertrauen des Kaisers nach wie vor. Zudem ist die Stellung des Reichskanzlers auf dem Gebiete, das sich um das sogen. „verfälschte Regiment“ dreht, recht stark. Er hat, wie gesagt, das Vertrauen und die Unterstützung einsichtiger Personen aus der Umgebung des Kaisers gefunden. Die Bundes-

regierungen waren und sind mit ihm einverstanden, und was hat ins Gewicht fällt, das preussische Staatsministerium hat einstimmig und aus Überzeugung sich am 17. November mit ihm solidarisch erklärt, und hat ihm, wie aus politischen Kreisen bekannt ist, nach dem 17. November ebenso einstimmige Zustimmung und Dank ausgedrückt. Daran dürfte sich nichts geändert haben. Und da auch alle (?) Parteien des Reichstags in dieser Frage nach wie vor mit dem, was der Reichstagsler ergiebt hat, einverstanden sind, so dürften Besuche, aus diesem Anlaß keine Stellung zu erklären, bis auf weiteres recht ausfallslos sein."

An dieser Auslassung fällt, wie übrigens in allen ähnlichen, zweierlei auf. Erstens die geringe Bestimmtheit, mit der auf das Vertrauen des Kaisers, das Bülow angeblich noch besitzt, hingewiesen wird. Dann aber die immer wiederkehrende Betonung der Nachmittel, die Bülow gegen den Kaiser besitzt: Das Vertrauen des Reichstages, des Bundesrats, des preussischen Staatsministeriums und zuletzt, doch nicht an letzter Stelle, "einsichtiger Personen" aus der kaiserlichen Umgebung, womit wohl Personen aus der kaiserlichen Familie gemeint sind. Es soll eben immer wieder zu verstehen gegeben werden, daß Bülows Stellung zu stark ist, um von der höfischen Kamarilla mit Erfolg beantragt zu werden.

Aber wir haben von Anfang an darauf hingewiesen, daß es sich dem Kanzler nicht allein darum handelt, seine Macht gegen die Angriffe von oben, sondern ebenso sehr gegen die von unten zu schützen. Der bürokratische Absolutismus führt den Kampf gegen zwei Fronten: gegen das persönliche Regiment auf der einen, gegen jede Machterweiterung des Reichstages auf der anderen Seite.

Da muß aber vor allem vorgebaut werden, daß die Freisinnigen mit ihren Verfassungsanträgen Ernst machen. Und wir fürchten, daß dieser Zweck sehr rasch erreicht werden wird. Schon hat die "Vossische Zeitung" es mit der Angst getriezt und mit Feuerreiter zählt sie alle Schwierigkeiten und Mißerfolge der äußeren und inneren Politik auf, um daraus den erst bloßfreisinnigen Schluss zu ziehen, daß Fürst Bülow, der Urheber all dieser Mißerfolge, unter allen Umständen im Amte bleiben muß, bis all diese Schwierigkeiten gelöst sind, eine Vogt, nach der die Herborbringung immer neuer Schwierigkeiten und Mißerfolge für einen Minister die sicherste Garantie für die Verlängerung seines Daseins bedeutete.

Noch bedenkllicher ist es, daß die "Voss. Ztg." meint, Fürst Bülow "siehe zuerst viel eher in Gefahr, an dem Widerstand des Reichstages gegen Teile der Finanzreform als infolge Machtspruches der Krone zu Fall zu kommen." Bedenklicher deshalb, weil bei der Angst des Freisinnigen seinen Schöpfer die Gefahr nahelegt, daß der freisinnige Widerstand gegen die Finanzreform völlig erlahme und namentlich jede Verknüpfung der Finanz- mit der Verfassungsfrage vermieden werden wird, um dem unerwünschten Kanzler keine Schwierigkeiten zu bereiten. Mit dieser Leistung wäre dann vielleicht auch die "Kreuztg." zufrieden, die von dem Freisinn kategorisch verlangt, die neuen Steuern zu bewilligen und auf jede Erweiterung der Rechte des Parlaments zu verzichten bei Strafe der Auflösung aus dem Bloß. Es ist dabei nicht uninteressant, daß die "Kreuztg." sich dabei auf das "mannhafte, von unwandelbarer Königs-treue zehrende Auftreten" des Abgeordneten von Oldenburg beruft, dessen Rede man allgemein als ein Eintreten für den Kaiser gegen den Kanzler gedeutet hat. Die Drohungen der "Kreuztg." gegen den Freisinn wären aber vielleicht weniger zuversichtlich, wenn sie nicht in der Voraussage erfolgten, daß das Zentrum sowohl in der Verfassungs- als in der Steuerfrage den konservativen Wünschen entgegenkommen werde. Und in der Tat redifiziert die außerordentlich laue und zurückhaltende Stellungnahme des Zentrums die konservative Vermutung nur zu sehr.

So ergibt sich immer wieder das Resultat, daß die bürgerlichen Parteien die außerordentliche Günst der Umstände, die durch die Kämpfe am Kaiserhofe noch vermehrt wird, nur dann für die Eroberung von Volksrechten ausnutzen werden, wenn die breiten Massen selbst sie dazu zwingen werden.

Des Freisinn Schande.

Der deutsche Freisinn ist um eine Sorge ärmer und um eine Schande reicher geworden.

Der Bürgermeister von Husum hat sein Amt niedergelegt. Er gibt den Kampf gegen die Landratsbureaucratie auf. Resigniert räumt er das Feld vor dem Disziplinarverfahren. Die Junker, die Herren Preußens und des Reichs, triumphieren. Sie haben einen sachkundigen Kritiker ihrer Herrschaft vom Amtssessel gebracht. Vor aller Öffentlichkeit ist wieder konstatiert, daß auch die Beamten der dieberrühmten Selbstverwaltung nicht wagen dürfen, gegen den Stachel der Junker zu lösen. Die preussische Verwaltung gehört ihnen.

Sehr heroisch ist diese milde Resignation des Herrn Schüding nicht. Im Interesse der Selbstverwaltung, im Interesse des Liberalismus liegt sie sicherlich nicht. Wir erkennen gern an, daß Herr Schüding der Ehre überkommen konnte angesichts der Mittel, mit der ihm die Junkerbureaucratie zu Leibe ging. Aber auf dergleichen mühte er gefast sein, als er den Kampf gegen die Verhimmelung der Selbstverwaltung, gegen den Mißbrauch der Staatsverwaltung zu konservativen Zwecken begann. War er nicht von vornherein entschlossen, ihnen standzuhalten, so hätte er das Schwert besser in der Scheide gehalten.

Denn sein vorzeitiger Abzug vom Kampffeld muß den Hebermut der Junker stärken! Sie haben leichten Triumph errufen! Sie haben durchgesehen, was sie wollten, daß ein Mann nicht Bürgermeister in Breiten sein kann, der mit den Junkern anbindet! Auch in der Zeit des konservativ-liberalen Vocks nicht!

Daß selbst den Besten des Bürgertums der aufrechte Kampfsinn, die ausdauernde Tapferkeit fehlt, die um der Sache willen in der bittersten Bedrängnis aushält, das ist ein böses Zeichen einer weit fortgeschrittenen Knochen-erweichung.

Aber freilich, Lothar Schüding hat Anspruch auf mildernde Umstände! Er war ein verlässlicher und preisgebender Mann! Eine Verlegenheit für die Partei, in deren Namen er seinen Kampf begonnen hatte. Er war verraten von den Seinen! Deutlich genug haben die freisinnigen Parlamentshelden und die führende freisinnige Presse ihm zu verstehen gegeben, daß sie ihn am liebsten in der Verfenkung verschwinden läßen, weil er die Kreise der Volkspolitiker störte.

Wo waren seit der Eröffnung der Parlamente die Deffamationen des Herrn Wiener geblieben, daß die ganze

Freisinnige Volkspartei wie ein Mann hinter Schüding stehe? Wo waren die Leitartikel der freisinnigen Presse? Still war es und stumm in den Gefilden des Freisinn. Das Urteil des Disziplinargerichts wider den Bürgermeister von Husum ward schweigend registriert. Alles, was die "Freis. Zeitung" für den gemäßigten freisinnigen Politiker auf dem Bürgermeisterstuhl tun konnte, war die Forderung nach einer Reform "des ganzen Disziplinarverfahrens"! Alles, was die freisinnigen Fraktionen des Reichstages und des Landtages für den Verfolgten tun konnten, war die Ankündigung, daß sie eine Interpellation einbringen würden, sobald — das Disziplinarverfahren erledigt sein werde bis zur letzten Instanz!

Da mag sich Schüding voll Ekels gefragt haben, ob es sich lohne, für eine solche Partei zu kämpfen.

Er hat die Frage verneint. Wer mag ihn groß darob schelten! Für einen solchen Freisinn bringt man keine Opfer.

Und so wird das Rücktrittschreiben des Husumer Bürgermeisters zum Dokument freisinniger Schande!

Die "Berliner Volkszeitung" behauptet, daß Herr Schüding sich nun auch entschlossen habe, das Urteil des Disziplinargerichts, das ihn mit 500 M. Geldstrafe belegte, "ruhig hinzunehmen". Die "Freis. Zeitung" meldet dagegen zu gleicher Zeit, daß Schüding sowohl wie der Vertreter der Anklage Verurteilung eingelegt haben.

Eine seltsame Zumutung.

Der Vorsitzende der verstärkten Budgetkommission hielt es für angemessen, sich am Dienstag vor Eintritt in die Beratung des Beamtenbeschuldigungsgegesetzes über die Tonart der Artikel zu beschweren durch den der "Vorwärts" in seiner Dienstagnummer die Beschlässe der zweiten Lesung der Budgetkommission gewürdigt hatte. Der Vorsitzende nannte den Ton dieses Artikels gebässig und unanständig. Eine derartige Kritik des Verhaltens der Parteien in der Kommission verstöße gegen einen von der Kommission gefassten Beschluß (wonach die Nennung der Namen der Kommissionsmitglieder in den Verichten unterbleiben sollte). Bei Wiederholung solcher Vorkommnisse sei in Erwägung zu ziehen, ob man die Sozialdemokratie künftig noch im Seniorenlouvent vertreten sein lassen und als Fraktion behandeln solle.

Das sozialdemokratische Kommissionsmitglied bezeichnete es als eine höchst ininteressante Bemerkung, daß man die Anerkennung der Rechte der sozialdemokratischen Fraktion davon abhängig machen wolle, ob die Sozialdemokratie hübsch brav sei und der Majorität pariere. Er wies ferner den Vorwurf, daß der Artikel des "Vorwärts" unanständig sei, mit Entschiedenheit zurück. Der Artikel enthalte nichts als Tatsachen und die gebotenen Folgerungen daraus. Dafür, daß anderen Parteien diese Folgerungen unangenehm sein könnten, treffe doch den Verfasser keine Schuld, der sich vom Standpunkt seiner Partei aus eines Pflichtvergehens schuldig gemacht hätte, wenn er den Artikel nicht geschrieben hätte. Er seinerseits halte vielmehr die Kennzeichnung einer gegnerischen Ansicht als "unanständig" für unvereinbar mit dem guten Geschmack und dem politischen Instinkt.

Wir hoffen, daß damit diese und ähnliche Angelegenheiten ein für allemal erledigt sein werden. Denn die Vertreter der bürgerlichen Parteien werden bei ruhigerem Ueberlegen ja wohl selbst einsehen, daß es ein geradezu unbilliges Verlangen wäre, den Parteien zu verwehren zu wollen, an Beschlässen einer parlamentarischen Kommission, die doch allgemein der Öffentlichkeit sofort bekanntgegeben werden, Kritik zu üben. In welcher Form oder dieser Kritik geübt wird, das muß man schon jedem Blatt und jeder Partei selbst überlassen. Noch existiert ja kein politischer Knigge, der als maßgebende Instanz für den "anständigen" oder "unanständigen" Ton anzusehen wäre. Am allerwenigsten aber würde sich die Presse von dem Vorsitzenden oder auch der Mehrheit einer parlamentarischen Kommission Vorschriften darüber machen lassen, wie sie Beschlässe einer solchen Kommission zu kritisieren hat!

In dem Artikel des "Vorwärts", der ja keineswegs einen Bericht, sondern auf Grund berichteter Tatsachen eine kritische Würdigung der gefassten Beschlässe und gewisser in den Debatten vertretenen Ansichten der Parteien darstellte, wird übrigens nirgends der Name eines Abgeordneten genannt. Er hielt sich also in diesem Punkte peinlich an die Wünsche der Budgetkommission, eine Maßnahme, die in der Presse keineswegs überall beobachtet worden ist. So sind, wie in der Sitzung herabgehoben wurde, in einem Beamtenorgan die Namen der einzelnen Redner genannt worden. Diese Mitteilungen stammten nicht von sozialdemokratischer Seite!

Wir glauben aber, daß ebenso entschieden, wie die Sozialdemokratie Vorschriften darüber ablehnt, wie sie ihre Haltung im politischen Kampfe einzurichten hat, auch die Mehrheit der bürgerlichen Parteien die seltsame Zumutung ablehnen wird, die Respektierung der Rechte einer Partei von deren gutem Verhalten abhängig zu machen. Der Verlust, das System von Zuderdrot und Peitsche der sozialdemokratischen Fraktion gegenüber anzuwenden, wäre nicht nur von vornherein mit dem Prinzip der Gleichheit behaftet, sondern auch der Gipfel der politischen Unanständigkeit.

Das Parlament in Nöten.

Das österreichische Abgeordnetenhaus verhandelt noch immer das Budgetprovisorium, die vorläufige Ermächtigung der Regierung, die finanziellen Staatsgeschäfte weiterzuführen. Das ordentliche Budget ist noch nicht bewilligt und seine Beratung steht noch in weiter Ferne. Die eigentümliche Geschäftsordnung des österreichischen Abgeordnetenhauses, die auch den kleinsten parlamentarischen Gruppen, die sich ihrer Verantwortung nicht bewußt sind, die Obstruktion durch Verammlung der Tagesordnung mittels der sogenannten Dringlichkeitsanträge ermöglicht, hat auch das Haus des gleichen Wahlrechts zu einer normalen Tätigkeit, zu der auch die Beratung des Budgets gehört, nicht gelangen lassen. Es wurde daher das Budgetprovisorium ebenfalls in Form eines Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung gebracht. Die Annahme bedarf aber nicht einer einfachen, sondern einer Zweidrittelmehrheit. Der tschechisch-nationale Streit aber bewirkt, daß die tschechischen bürgerlichen Parteien gegen die Dringlichkeit stimmen. Die Regierung kann sich aber die tschechische Zustimmung nicht wie bisher durch nationale Zugeständnisse erkaufen, denn sie würde dadurch sofort die Opposition, wenn nicht die Obstruktion der deutschen Parteien eintauschen. Die österreichische Regierung hat aber ein anderes Auskunfts-mittel. Sie kann die parlamentarische Mitwirkung völlig ausschalten und sich aus eigener Machtvollkommenheit mittels des berühmten § 14 das Budgetprovisorium bewilligen. Daß diese Interpretation des § 14 der Verfassung zweifellos mißbräuchlich ist, hat nicht gehindert, daß während der langen Obstruktionsjahre regelmäßig so verfahren wurde. Die Ausschaltung des Parlaments hätte aber den Bankrott des

Volkshauses bedeutet, das seine Existenz in erster Linie dem Kampf der Sozialdemokraten verdankt, sowie die Wiederherstellung der absolutistischen Regierungsmacht einerseits, die Auslieferung des Parlaments an die chaotischen Kräfte der bürgerlichen Parteien andererseits. Die Regierung aber hätte sich auf die Zwangslage berufen können, in die sie die Arbeitsunfähigkeit des Hauses versetzt habe. In dieser gefährlichen Situation — gefährlich nicht für die Regierung, sondern für das Parlament — entschlossen sich unsere Genossen zum zweitenmal das Volkshaus gegen die Angriffe des Absolutismus zu reiten und der Regierung jeden Rückweg zu den absolutistischen Gepflogenheiten zu verlegen. Der Entschluß ist ihnen nicht leicht gefallen, wie schon die Erklärung Adlers gezeigt hat, nur in der ersten Lesung für die Dringlichkeit zu stimmen. Aber sie sahen sich vor die schwere Wahl gestellt, ob sie das Parlament aufopfern oder dulden sollten, daß die Regierung sich das Selbstbewilligungsrecht des Budgets anmaße. In dieser schwierigen Situation haben die österreichischen Genossen sich entschlossen, für die Dringlichkeit des Budgetprovisoriums in allen Lesungen zu stimmen. Aber es ist selbstverständlich, daß dadurch ihre stets eingehaltene prinzipielle Ablehnung des Budgets nicht geändert wird. Ihre Abstimmung bedeutet nicht mehr als daß die Regierungsvorlage auf die Tagesordnung kommt. Bei der Abstimmung über das Budget selbst wird unsere Partei selbstverständlich, getreu ihrer bisherigen Haltung, gegen die Bewilligung stimmen.

Wenn also verschiedene bürgerliche Blätter das Verhalten unserer österreichischen Genossen in Widerspruch bringen wollen mit dem der deutschen Partei, so beweisen sie bloß, daß ihnen die österreichischen Verhältnisse völlig unbekannt, die Bedeutung dieser formellen Abstimmung völlig fremd ist. Die Aktion unserer österreichischen Genossen ist ein Kampf gegen den Regierungsabsolutismus und für das Recht der Volksvertretung und entspringt gerade aus dem schärfsten Mißtrauen gegen die Regierung. Diese Abstimmung, die nur aus einem gewissen Zwange, der der sozialdemokratischen Partei durch Besonderheiten der Geschäftsordnung auferlegt sind, erklärlich ist, enthält ebensowenig irgend eine Analogie zu den süddeutschen Budgetbewilligungen, für welche sicher keine zwingenden, unserer Auffassung aber noch nicht einmal triftige Gründe vorgelegen haben.

Ueber die entscheidende Sitzung des Abgeordnetenhauses und über die Stellung der Sozialdemokratie unterrichten folgende Depeschen:

Wien, 15. Dezember. Abgeordnetenhause. In fortgesetzter Beratung des Budgets beantragte Prohaska (Christlich-sozial) Schluß der Debatte. Die tschechisch-radikalen begannen hierauf einen ohrenbetäubenden Lärm, weil der Abgeordnete Uzac der nächste Redner gewesen wäre. Der Antrag Prohaska wurde angenommen. Die Wahl des Generalsekretärs ging bei ununterbrochenem Lärm vor sich. Während eines großen Teiles der Rede des Generalsekretärs Dr. Adler schlugen die tschechisch-radikalen Abgeordneten Presl und Tich mit den Kullbedeln auf die Wände. Erst nach längerer Zeit trat infolge der Einwirkung verschiedener Abgeordneter Ruhe ein. In seiner Rede erklärte Dr. Adler, daß die Sozialdemokraten für die parlamentarische Erledigung des Budgetprovisoriums eintreten.

In seinen weiteren Ausführungen erklärte Dr. Adler, es wäre ein Verbrechen an den Interessen der Österreicher, in diesem Augenblick der Regierung nicht freie Hand in der Handelspolitik auf dem Balkan zu lassen. Er wies darauf hin, daß die Sozialisten in allen europäischen Parlamenten für die Erhaltung des Friedens eingetreten seien und erklärte, die Österreicher seien nicht gesonnen, wegen der Annexion Bosniens Blut zu vergießen. Die Sozialdemokraten aller Länder hielten die Kriegsgefahr für ein internationales Verbrechen, dem gegenüber alle Proletarier mit aller Wucht und allem Ernste protestierten. (Lebhafte Beifall.) Nur ein starkes Österreich werde den Belastungen verschiedener Diplomaten weniger ausgesetzt sein. Zur Stärke in der Politik gehöre aber außer Vajonzeiten und Kanonen auch die Ordnung im Innern.

Wahlrechtsdemonstrationen in Sachsen.

Dresden, 14. Dezember.

Die Erregung der Dresdener Arbeiterklasse über die Pläne der Reaktionen auf Erhaltung des Wahlrechts und die kampflustige Stimmung der Enttäuschten kam am Sonntagabend impulsiv zum Ausdruck. Im Anschluß an die außerordentliche Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratie fanden abends in Dresden-Johannstadt, Eibitzau und Pieschen drei massenhafte besuchte Volksversammlungen statt, die sich mit der Wahlrechtsfrage beschäftigten. Der Jubel war so groß, daß Hunderte keinen Platz mehr finden konnten. Nach Schluß der Versammlungen zogen von jedem lokale größere Mengen demonstrierender Arbeiter nach dem Stadtinnern, obwohl in keiner Weise dazu aufgefordert, ja vielfach von Massen-demonstrationen abgeraten worden war. Von Pieschen aus marschierten über 1000 Personen die Leipziger Straße entlang bis zu der Elbbrücke, die von der Gendarmerte gesperrt war, so daß den Demonstranten der Zugang nach der Altstadt verweigert war. Unter Hochrufen auf das Wahlrecht, unter Absingung von Arbeiterliedern wandten sich die Demonstranten selbstwärts und zerstreuten sich schließlich.

Von der Südbühnen Aue in der Johannstadt zogen etwa 1500 Mann unter dem Singen des Sozialistenmarsches und anderer Kampflieder vor das Ministerhotel Hohenthal, wo mehrmals Hochrufe auf das gleiche Wahlrecht ausgebracht und lärmig aufgenommen wurden. Als sich der Zug der Demonstranten nach dem Altmarkt und dem Schlosse zuwendete, fand er den Zugang durch Schaulustposten versperrt. Nach längeren Aufsammlungen an den abgeleiteten Stellen, wobei ein Hoch auf das freie Wahlrecht nach dem anderen ertönte, zerstreute sich die Menge nach und nach.

Nach 1/2 Uhr nachts kam von Pieschen ein Demonstrationszug von 800 Mann singend über den Postplatz zum Altmarkt, wo er einige Zeit hochrufend verweilte, um sich an den Schaulustposten vorbei wieder nach dem Postplatz zu begeben, wo sich das Gros zerstreute. Doch bis lange nach Mitternacht fanden sich immer wieder Scharen von Demonstranten zusammen, was durch die Absperren verursacht wurde.

Die Polizei verhielt sich in der Hauptsache passiv; sie beschränkte sich auf Absperren. Besonders war darauf Bedacht genommen, das Schloß zu sichern, das im weiten Umkreise durch ein außerordentlich starkes Gendarmereiaufgebot abgesperrt war. Sonstige Zwischenfälle haben sich abgesehen von einigen Störungen, nach den bis jetzt eingegangenen Meldungen nicht ereignet.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Dezember 1908.

Die Vaterlandsliebe der Grubenbarone.

Die „Köln. Ztg.“ und die „Main. Post.“, so lesen wir in der „Freil. Zeitung“, regen sich darüber auf, daß nach einer Hamburger Meldung das Reichsministerium die Lieferung einer erheblichen Menge Kohlen für seinen Bedarf nach England zu vergeben beabsichtigt. Die genannten Blätter stellen sich darüber eintrübtet, daß eine deutsche Behörde den deutschen Markt übergehen und durch ihren Auftrag den ausländischen Markt unterstützen wolle. Anstatt sich in solche Redewendungen zu ergeben, sollte die Syndikatspresse vorläufig einmal die Mitteilung berücksichtigen, daß das Kohlenkarbid dieselben Kohlen, die es nach Nordfrankreich für 8,35 M. liefert, dem deutschen Inlande zu dem doppelten Preise in Rechnung stellt. Gilt das Kohlenkarbid etwa dieses Verfahren für „national“ und glaubt es, der Reichstag bewillige dem Reichsministerium Gelder, um eine derartige Preispolitik noch zu fördern?

Die Grubenbarone glauben offenbar, was den Panzerplattenpatrioten recht sei, sei ihnen billig!

Preschkorruption.

Ein Briefwechsel des „Berliner Tageblattes“ mit der Potsdamer Handelskammer läßt darauf schließen, daß sich ein Teil der bürgerlichen Presse für redaktionelle Notizen bezahlen läßt. Die Potsdamer Handelskammer machte nämlich dem genannten Blatt das Angebot, Notizen und Mitteilungen der Kammer gegen Vergütung zu veröffentlichen. Das Blatt teilte der Handelskammer mit, daß die Entscheidung darüber, ob Berichte und Notizen veröffentlicht werden, einzig bei der Redaktion liege und daß niemals eine Felle gegen Vergütung aufgenommen werde. In einem Antwortschreiben erklärte nun die Handelskammer, daß sie der Meinung gewesen ist, daß die Aufnahme von Notizen honoriert werden müsse und sie begründet diese Auffassung mit folgenden Sätzen:

„Dieser Wunsch (nach Honorierung) ist uns gegenüber wiederholt aus dem Munde der Presse geäußert worden. Unsere Vorortpresse geht sogar noch und nach dazu über, jede Aufnahme von Preisnotizen abzulehnen, wenn sie keine Vergütung dafür empfängt.“

Für den Kenner der bürgerlichen Presse ist das nichts Neues!

Dernburg-Diamanten.

In der „Frankf. Ztg.“ wird von kundiger Seite die Wahrheit über die bisherigen Diamantentunde in Südwestafrika dargestellt, die sich ganz anders ausnimmt als Dernburgs Verpfeife einer Gewinnung von 5000 Karat pro Tag. Es heißt da: „Als vor kurzem betrug die Ausbeute nur 40 bis 50 Karat in der Woche. Man kann die Diamanten auch nicht so einfach im Spatiergehen auflesen, sondern braucht, obgleich die Förderung relativ leicht ist, dazu Arbeiter aus dem Kapland, die mit drei bis vier Pfund pro Monat nebst Verpflegung zu entlohnen sind, also im Vergleich zur Leistung eine recht große Ausgabe. Bei allen Aufwendungen besteht natürlich die Hoffnung auf eine Steigerung der Förderung. Das ist aber eben der schwierige Punkt, weil hierfür feste Anhaltspunkte völlig fehlen. Man weiß nicht, wie sich das Diamantenvorkommen dort überhaupt erklärt, und muß damit rechnen, daß es sich auf die oberen Sandflächen beschränkt, in welchem Falle der Vorrat bald erschöpft sein würde. Jedemfalls wäre es voreilig und leichtfertig, nach den bisherigen Ergebnissen schon Zukunftsrechnungen mit imaginären Ziffern zu machen. Das würde nur zu ungesunden Spekulationen führen, bei denen die Leute ihr Erbvermögen verlieren.“

Dernburg sollte also den Mund einstweilen nicht allzu voll nehmen. Er ist es ja freilich gewohnt, in seine Bilanzen imaginäre Werte einzustellen.

Der Menschenhandel.

Das „Arbeitsamt der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg“ erklärt folgende Bekanntmachung im „Jüterbog-Ludenwalder Kreisblatt“:

Verordnung von Wanderarbeitern für das Frühjahr 1909.

Die jetzigen Verhältnisse auf dem ausländischen Arbeitsmarkt haben uns in die Lage versetzt, die Bedingungen für die Beschaffung ausländischer Wanderarbeiter erheblich günstiger zu gestalten.

Es ist aber nicht vorzuziehen, ob die gemachten vorteilhaften Abkürzungen auch für spätere Termine aufrecht zu erhalten sein werden, und deshalb geben wir den Herren Landwirten anheim, ihre Aufträge schon jetzt erteilen und die Leute möglichst frühzeitig abnehmen zu wollen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß sich die ostelbischen Agrarier dieses Ueberangebot von billigen Arbeitskräften reichlich zunutze machen werden. Sollten sich später die Ausgebühten ihrer traurigen Lage bemächtigt werden und sich gegen sie auflehnen, nun so ist die Polizei da, die dann diese Proletarier zur „Raison“ zu bringen hat.

Der sächsische Wahlrechtswechselbalg in der Deputation der Ersten Kammer.

Dresden, 15. Dezember. In der heutigen Sitzung der Gesetzgebungsdeputation der Ersten Kammer beschloß die Deputation, daß ihre verfassungsmäßig zunächst die Stellungnahme zu der ursprünglichen Regierungsvorlage obliegen werde. Dabei werde die Frage über die Gesetzmäßigkeit des in der Zweiten Kammer zur Annahme gebrachten Eventualvorschlages erörtert und in einem Meinungs-austausch über die eventuelle in Betracht kommenden veränderten Wahlssysteme eingetreten. Die nächste Sitzung, in der die Spezialberatung über den ursprünglichen Regierungsentwurf stattfinden soll, wurde auf den 28. Dezember festgesetzt.

Der Fall Nidder

Bereitet den badiischen Nationalliberalen schmerzhaftes Unbehagen. Am Sonntag versammelte sich in Karlsruhe der engere Landesausschuß der nationalliberalen Partei, um dem Parteichef Dr. Obkircher wegen seiner Stellung zum Erlaß des Oberlehrergesetzes gegen die Lehrerkräfte das Vertrauen auszusprechen. Man interpretierte den Erlaß gegen die protestierenden Lehrer als eine liebevolle väterliche Warnung, eine Bedrohung der freien Meinungsäußerung liege nicht vor. Also das berühmte Nidderverständnis.

Diese famose nationalliberale Auslegung wird nicht viel Gläubige im Lande haben finden.

Bürgerliche Obstruktion gegen den Proporz.

Fürth i. Bayern, 15. Dezember.

(Privatbesprechung des „Vorwärts“.)

Nach dem neuen Gemeindeverfassungsgesetz für Bayern sind nicht nur die von den Bürgern zu wählenden Gemeindebediensteten, sondern auch die von den Gemeindebediensteten zu wählenden Magistratsräte auf Grund der Verhältniswahl zu wählen. Im Sinne des Gesetzes liegt es, daß auch die Erghmänner nach dem Proporz zu wählen sind. In Fürth sind jedes Jahr sieben

aus tretende Magistratsräte neu zu wählen. Die bürgerlichen Parteien, die schon bei der vor kurzem erfolgten Wahl der Gemeindebediensteten zusammenkamen, beschloßen gemeinsame Sache zu machen. Damit sollte erreicht werden, daß die Sozialdemokratie nur zwei anstatt drei Magistratsräte erhielt. Zwei Wochen vor der Wahl starb ein Mitglied des Magistrats und der Oberbürgermeister als Wahlkommissar ordnete an, daß die Wahl des Erghmannes für den Verstorbenen gleichzeitig mit der Wahl der übrigen sieben Magistratsräte vorgenommen werde. Das durchkreuzte die Pläne der bürgerlichen Parteien, denn nun mußte die Sozialdemokratie drei Magistratsräte bekommen. Vergeblich beschwerten sich die Bürgerlichen bei der Regierung gegen die Anordnung des Wahlkommissars. Heute, am Dienstag, sollte nun die Wahl der Magistratsräte stattfinden. Die bürgerlichen Parteien blieben jedoch der Wahlhandlung fern und verhinderten durch ihre Obstruktion das Zustandekommen der Wahl, weil nach den Vorschriften des Gesetzes mindestens zwei Drittel der Gemeindebediensteten bei der Magistratswahl abstimmen müssen.

„Kameradschaftliche“ Erziehung.

Zu den Truppenteilen, in denen die Nach- und Nachterziehung der jungen Soldaten in hoher Mäße steht, gehört das 15. Fusarenregiment in Wandersdorf. Vor kurzem berichteten wir über empfindende Mißhandlungen, die über drei Jahre zurückliegen, und jetzt standen vor dem Kriegsgericht der 18. Division (Altona) erst neuerdings verübte Mißhandlungen, ein Beweis für die immer noch bestehende „gute alte Sitte“. Am Abend des 16. November d. J. meldete sich ein über und über mit Blut besetzter Husar krank. Der wachhabende Arzt konstatierte nicht weniger als 80 Striemen am Rücken und an den Armen und aus zahlreichen Stößen floß Blut hernieder. Der Mann wurde ins Lazarett geschafft, wo er auslagte, daß zwei Gefreite und ein Soldat ihn so fürchterlich mit Peckerriemen, Stoppelfächeln und Rohrbinden mißhandelt hätten; sein Stubenältester, der Gefreite G., habe das ruhig geschehen lassen. Dieser „Bubengauder“ trug dem Gefreiten B. S. dem Gefreiten W. P. und dem dritten Mißhandler 3 Wochen Gefängnis ein, während dem Gefreiten G. wegen Verletzung der Aufsichtspflicht und Unterlassung der Meldung 14 Tage Mittelarrest zuerkannt wurden.

Ein weiblicher Spiegel.

Bei einer Protestversammlung der Arbeiter des Fabrikgewerbes, die sich vor einigen Tagen in Rottbus mit den Erhebungen des Beirats für Arbeiterentscheidungen über die Arbeitsverhältnisse im Fabrikgewerbe befahte, wurde von der Versammlungsleitung ein noch sehr junges Mädchen abgeholt, das hinter einer halb geöffneten Tür stehend, die Verhandlungen stenographierte. Wie der „Märkischen Volksstimme“ mitgeteilt worden ist, soll dieser weibliche Spiegel im Dienst der Behörde stehen!

Die Balkankrise.

Der Boykott.

Konstantinopel, 15. Dezember. Eine Kommission der Pforte, bestehend aus dem Unterrichtsminister und dem Generaldirektor der Zollämter wurde unter dem Präsidium des Ministers des Innern gebildet, um über die Mittel zur Abschwächung des türkischen Handels zu beraten. Nach den Meldungen der heutigen türkischen Blätter berief die Kommission gestern zwei Mitglieder des Boykottsyndikats zu sich, um sie zu veranlassen, daß wenigstens die Lastträger der Reis die österreichischen Waren ausladen, da diese Lastträger amtlich ange stellt sind. Die Mitglieder des Syndikats erhoben Widerspruch gegen diese Behauptung und führten aus, daß, wenn auch die österreichischen Waren ausgeladen würden, die anderen Lastträger sich weigern würden, die Waren zu den Geschäften zu transportieren, wodurch osmanische Kaufleute, da sie Kautzen und andere Gebühren zahlen müßten, geschädigt würden. Blättermeldungen zufolge hätte das Syndikat erklärt, der Boykott würde sofort aufhören, wenn Oesterreich die türkischen Forderungen befriedige.

Gegen die Komiteeherrschaft.

Konstantinopel, 14. Dezember. Der „Iddam“ fragt, was nach der Eröffnung des Parlaments aus dem jungtürkischen Komitee werden wird. Die Existenz eines geheimen Komitees sei ungesetzlich, und das Komitee müsse entweder zu bestehen aufhören oder bis Donnerstag mittag publizieren, daß es öffentliches Komitee werde, und seine Statuten dem Parlament zur Verfügung vorlegen. Eine im Parlament eingebrachte Interpellation müsse die Lage des Komitees verschlimmern. Das Komitee müsse auch sein Budget publizieren, damit jeder wisse, was mit seinem Gelde geschieht.

Oesterreich.

Aufhebung des Standrechts.

Das Standrecht für Prag und Boroite sowie das Farbenverbot werden mit dem 15. d. Mts. aufgehoben.

Frankreich.

Blod-Asièrè.

Paris, 12. Dezember. (Fig. Ver.)

In der radikal-sozialistischen Partei haben sich in der letzten Sitzung Duzend Deputierte gefunden, die die selbige „Delegation der Linken“ wiederherstellen wollen. Sie haben an die verschiedenen Gruppen der Linksparteien Einladungen zur Ausführung der Projekte gerichtet und die radikal-sozialistische Gruppe hat wirklich beschlossen, zu untersuchen, unter welchen Bedingungen man die Delegation rekonstruieren und auf welches Reformprogramm man die vertretenen Parteien einigen könnte. Ihren ersten Zweck mag die Initiative vielleicht erfüllen, nämlich Clemenceau zu ärgern und ihm wieder einmal ein schmerzliches Todesurteil unter die Augen zu halten. Weiteres wird sie schwerlich ausrichten. Nicht nur, weil Clemenceau sich von den Radikalen nicht kommandieren läßt und vielmehr sie kommandiert — wobei ihre Furcht, ihre Mandate unter einem gemäßigten Ministerium verteidigen zu müssen, besonders stark mitwirkt — sondern namentlich darum, weil die kleinbürgerlichen Radikalen der Städte nur Reformen verhindern, nicht durchzuführen wollen. Es ist Selbstbetrug oder Komödie, wenn man sich geberdet, als könnten die Leute, die nicht einmal die Courage aufgebracht haben, gegen die Aufrechterhaltung der Todesstrafe zu stimmen, für die sozialen Reformen gewonnen werden, die zu verhindern sie seit 2½ Jahren dem Ministerium geholfen haben. Die Wiederherstellung des republikanischen Blods der Alex. Waldeck-Rousseau und Combes ist aber schon darum unmöglich, weil sich die französischen Sozialisten inzwischen auf die Taktik des Klassenkampfes geeinigt haben. Sogar ein so vertrauensvoller Reformist und demokratischer Gemeindevater wie Baccane hat in Toulouse erklärt: Die Delegation der Linken ist tot und ich will sie nicht erwecken. Nicht aber das Gemischt des sozialistischen Blods, so muß der Schwerpunkt der vereinigten Republikaner soweit nach rechts fallen, daß die eigentlichen Radikalsozialisten, die von Pelletan geführten Bauerndeputierten des Südens, der republikanischen Disziplin zuliebe ihre alten Programmforderungen offen lassen müßten, wotan sie schon das Interesse der Selbsterhaltung hindert.

In Paris hat wohl der letzte kommunale Krackel zwischen den beiden radikalen Richtungen mit einer Wiederberufung geschlossen, wobei natürlich die Helfer der Reaktionäre, die für ihren Ständelösen Vorbruch bei der Wahlmännerwahl für den Senat Pardon bekamen, tatsächlich triumphiert haben. In den großen Gemeinden, vor allem in Paris sind eben alle bürgerlichen Parteien reaktionär und dort besteht tatsächlich ein, durch Bezirksdemagogie kaum verhüllter, oft noch deutlicher gemachter kapitalistischer Block für Hausbesitzer, Großunternehmer und Akamerinteressen, wogegen in der ländlichen Demokratie, die im parlamentarischen Radikalsozialismus auftritt, die Traditionen der Revolution und lebendige ökonomische Interessen ausgebeuteter Kleinbauern wirksam sind. Hier wäre die Neigung für einen erneuten Gombismus vorhanden, aber es ist eben die fortschreitende Klassenscheidung, die ihn unmöglich macht.

Eine vergnügte Sitzung.

Paris, 15. Dezember. In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer brachte Archimbaud Vater einen Antrag ein, dahingehend, die Höhe der Entschädigung der Kammermitglieder einem Referendum zu unterwerfen. Der Präsident ließ Archimbaud Sohn, der von der Tribüne der ehemaligen Abgeordneten die Sitzung fortwährend unterbrach, entfernen. Präsident Brisson erklärte, der Antrag Archimbaud sei verfassungswidrig, und beantragte Uebertragung zur Tagesordnung. Dumont (radikal) protestierte gegen den Wahlschick der Archimbauds, der antirepublikanisch sei, er leugnete die Erzeugung des Blods, die von einigen Rednern der Rechten vorgebracht sei. — Archimbaud Sohn wurde dann auch aus den Wandelgängen gewiesen, weil er, nachdem Colliard gefahren hatte, Archimbaud Vater habe es nie unterlassen, an die Kaffe zu gehen, Colliard beleidigte und rief: Ihr seid die Strandräuber der Republik! (Rärm.) Beim Verlassen der Wandelgänge sagte Archimbaud Sohn: Guten Appetit, meine Herren!

Eine Massendefektion algerischer Fremdenlegionäre.

Algier, 15. Dezember. (Meldung der Agence Havas.) Aus Colombi Bedarf kommt die Nachricht, daß dort gestern 50 Mann der Fremdenlegion einen Eisenbahnzug, in dem sich General Bich befand, angefallen haben. Der Zug war um 1 Uhr nachts in der Nähe der Station Bu Reschid eingetroffen, als der Lokomotivführer auf dem Gleise eine rote Laterne erblitzte und den Zug bremste. In demselben Augenblicke tauchten von beiden Seiten des Zuges bewaffnete Fremdenlegionäre auf; die einen umgingelten die auf der Lokomotive befindlichen Zugbediensteten; die anderen besetzten mit aufgespanntem Bajonett sämtliche Waggonausgänge. Einer der Legionäre trug eine Leutnantsuniform. Unter den aus Militär- und Zivilpersonen bestehenden Reisenden entstand eine große Verwirrung. General Bich, welcher in Zivil war, rief den Reutereern zu, er wolle mit ihrem Führer sprechen. Doch kümmerte sich niemand um seine Aufforderung. Oberst Bouillon, welcher Uniform trug und gleichfalls mit den Führern verhandeln wollte, wurde mit dem Bajonett bedroht und gezwungen, in den Wagen zurückzulehren. Der Anführer der Reutereer befahl hierauf dem Rajschisten, zurückzufahren und, als dieser einen schriftlichen Auftrag verlangte, schrieb der Anführer eine Note, welche er mit „De Ras, Leutnant 25. Kompagnie des 2. Fremden-Regiments“ unterzeichnete. Die Fremdenlegionäre bestiegen hierauf den Zug, der die Rückfahrt antrat. Gegen 3 Uhr morgens, kurz vor El Bida, gab der angeführte Leutnant Befehl, zu halten. Alle Legionäre stiegen aus. Die Reutereer verschwanden dann in geschlossenen Reihen in südwestlicher Richtung. Der Zug, der alles Brennmaterial aufgebraucht hatte und mit Bahnschwellen geheizt werden mußte, setzte nun die gewaltsam unterbrochene Fahrt nach Oran fort, wo er gegen 1 Uhr mittags eintraf. Die Untersuchung hat bisher ergeben, daß die Fremdenlegionäre am Sonntagabend in el Oubier verlassen, zwei Kisten mit Patronen mitgenommen und Leutnantgrößenbrände geschmitten hatten. Ihr Führer hatte eine vollständige Leutnantsuniform gestohlen. Zahlreiche Gendarmen und Truppen wurden aufgeboten, um in Elmarschen die Legionäre zu verfolgen. Vier von ihnen sind bereits festgenommen. Sie erklärten, daß ihre übrigen Kameraden, 45 an der Zahl, sich bis zum letzten Blutstropfen verteidigen würden.

Alle Maßnahmen sind getroffen, um die Reutereer gefangen zu nehmen. Es ist ausdrücklich angeordnet worden, jedes Blutvergießen zu vermeiden und nur von der Waffe Gebrauch zu machen, wenn die Aufrührer damit anfangen würden. In Paris glaubt man nicht, daß es den Deserteurern gelingen wird, über die marokkanische Grenze zu entkommen.

Indien.

Die Unabhängigkeitsbewegung.

Kalkutta, 14. Dezember. Durch Untersuchungen und Verhaftungen hat sich herausgestellt, daß die Verschwörung in Bengalen enger und von größerer Ausdehnung ist, als zunächst angenommen wurde. Die Verschwörung war besonders gut organisiert und verfügte über eine Propaganda, eine Finanz-, eine Militär- und eine Nachrichtenabteilung.

Amerika.

Die Gerichte für die Trustmagnaten.

Washington, 14. Dezember. Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten traf die Entscheidung, daß von E. H. Harriman und Otto Kahn, welche letzterer Mitinhaber der Firma Kuhn, Loeb u. Co. ist, die Beantwortung der seitens der zwischenstaatlichen Handelskommission gestellten Fragen betreffend die Aktienbesitzverhältnisse zwischen der Union Pacific-Bahn und anderen Bahnen nicht verlangt werden sollte. Die genannten Finanzleute hatten auf diese Fragen die Antwort verweigert, als der Gegenstand in New York gerichtlich behandelt wurde.

Venezuela.

Der Konflikt mit Holland.

Haag, 15. Dezember. Nach amtlicher Meldung haben niederländische Kriegsschiffe an der Nordküste von Venezuela die venezolanische Regierungsgalette Major besetzt. Die Besatzung wurde samt der Ausrüstung an die Küste gebracht. Die Major wird morgen in Caracas eintreffen.

Demonstrationen.

New York, 14. Dezember. Nach einer Meldung aus Caracas veranstalteten viele Bürger und Studenten vor dem Gebäude des „El Constitucional“, der Zeitung des Präsidenten Castro, eine Kundgebung gegen die Regierung. Dies führte zu einem Zusammenstoß der Menge mit den Angestellten der Zeitung, wobei mehrere Personen durch Revolvergeschosse verletzt wurden und eine getötet wurde.

Parlamentarisches.

Die Lehrerbildungskommission des Abgeordnetenhauses begann am Montag die zweite Lesung der Regierungsvorlage. Hierbei zeigte sich, daß inzwischen fleißig hinter den Kulissen gearbeitet worden war, denn nicht weniger als fünfzehn Anträge, die sich auf die hauptsächlichsten Punkte der Vorlage bezogen, lagen gebredt vor. Auch die Regierung hatte diese Verhandlungen beigewohnt und den Anträgen bereits ihre Zustimmung erteilt, die in ihrem finanziellen Effekt von der Regierung ein Mehr von 3½ Millionen Mark, also insgesamt 81 Millionen Mark erfordern. Im großen ganzen werden bei

Aus der Partei.

Gemeinbewahlen.

Aus Essen wird gemeldet: Für die vier Stadtverordneten-

Bei der Gemeinderatswahl in Gainsdorf bei Zwickau wurde

Sozialdemokratische Landtagskandidaturen in Baden.

Am Sonntag wurden die sozialdemokratischen Kandidaten für

Russischer Sozialistenkongress in der Schweiz.

Anfang d. M. wurde in Basel ein außerordentlicher Parteitag

Ein neues sozialdemokratisches Parteiblatt in der Schweiz. In

Die Freiburger Genossen hatten bereits früher schon ein Organ

Der erste sozialdemokratische Erfolg im schwarzen Kanton Valais.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

„So einfach“ Genosse Freudenthal, als verantwortlicher

Kleines feuilleton.

Das Ende der Kultur. Der englische Schriftsteller H. G. Wells

Rosenfeld, beantragte, bei dieser Sachlage auch die Ver-

Alto: zwei „gelebte“ Richter haben die Verjährung nicht er-

Von den „berechtigten Interessen“ des Rekruten.

Das Landgericht Stade beschäftigte sich am 8. Juli d. J. mit

In dem zweiten Prozeß ist der Angeklagte wegen Verleumdung

Korrigiertes Urteil.

Genosse Kirchpfering von der „Verglichenen Arbeiterstimme“

Am Sonnabend beschäftigte sich die Verfassungskommission

Der Fall ist eine Warnung für alle, die an die Presse berichten,

Jugendbewegung.

Die Gründung einer Jugendorganisation, die ihre Tätigkeit im

Als eine unabwendbare Folge des weltweiten Krieges folgte der

Es ist bemerkenswert, daß Wells, der bis vor kurzem Mitglied

Musik.

Ueber die französische Vortragskünstlerin Yvette Guilbert

Soziales.

Krankenkasse und Ortsarmenverband.

In einem Verwaltungsstreitverfahren der Ortskrankenkasse

Das bei der Krankenkasse eingetragene Mitglied B. wurde krank.

Der zur Entscheidung angerufene Bezirksausschuß in Potsdam

Die dagegen von der Krankenkasse beantragte Revision wurde

Am wenigsten kommen die Klavierbegleitungen in Betracht,

Humor und Satire.

Karriere.

Beschuldigt Du irgend einen W. des Mordes und forderst den Tod ganz munter,

Notizen.

— Volkszählung in China. Die chinesischen Behörden

Gebürder
Herrnfeld-
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-12 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Herrnfelds größter Schläger:
Die beiden Bindelbands.
Vorher:
Der neue Künstler-Teil.
An allen 3 Weihnachtstagen
abends 8 Uhr:
Die beiden Bindelbands.
Nachm. 4 Uhr, bei halben Preisen:
1. Feiertag (Freitag):
Endlich allein!
2. Feiertag (Sonntag):
Hausierer Jockele.
3. Feiertag (Sonntag):
Die letzte Ehre.
Hierzu nachmittags u. abends:
Der neue **Künstler-Teil.**
Billette für die Weihnachts-
tage und
Silvester-Vorstellung und Feier
sind ab heute schon zu haben.

Sanssouci, Kottbuser
Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Morgen Donnerstag:
Letzte Vorstellung
vor Weihnachten.
Hoffmanns
Norddeutsch. Sänger
und Tanztruppe.
Beg. Sonntag 5. u. Montag 8 U.
An allen drei Feiertagen: Große
Extra-Elite-Soireen. — Tanz.

Billigstes
Spezial-Haus
für Teppiche u. Gardinen
am Platze!
Massenverkauf!
für den
Weihnachtsbedarf.
„Riesenposten“
echter Plüschteppiche
nur solange Vorrat!
Größe ca.
120/200 Wert 15.50 jetzt M. 12.50
185/240 „ 30. — „ 19.85
200/300 „ 50. — „ 33.50
Dazu passende Bettvorleger St. 3.25
Zurückges. Muster 1.35, 2.45, 2.85.
Stoppdecken (Simili-Seide)
in allen nur möglichen Farben.
Stück 2.80, 3.25, 3.65, 3.85, 6.50,
7.50, 8. —, 9.50 bis 30 Mark.
Tages-Angebot!
nur bis zum Fest!
Plüschteppiche mit kleinen
mit bezaubernd schönem Stückerien:
Größe 130/180 M. 5.85 bis 6.75
„ 140/140 „ 7.25 „ 9.50
„ 130/160 „ 9.85 „ 18. —
„ 145/175 „ 11.25 „ 26. —
Tuch- u. Cobelin-Tischdecken
M. 1.35 bis 40. —

10% Rabatt
auf Gardinen, Stores,
Portieren und Felle!
Engl. Tollbettdecken weiß u.
ordne
M. 1.85, 2.25, 2.75, 3.45, 4.85 bis 9.50
für 1 und 2 Betten passend.
Erstklassige Bettdecken
Gr. 105x210, Wert M. 8.50, jetzt 5.25
„ 210x310, „ 12.50, „ 7.85
Schlafdecken, Imit. Kamelhaar.
Gr. ca. 145/200, Wert 6.25, jetzt 2.85.
Läufer- und Linoleum-
Reste zu Spottpreisen!
E. Weissenberg's
Teppichhaus
125 Gr. Frankfurter Straße 125
2. Haus von der Koppenstraße.
Hallestelle der Straßenbahn.
Nach außerhalb per Nachnahme.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise der Teil-
nahme bei der Beerdigung unseres
lieben Sohnes und Bruders lagen
wir auf diesem Wege unseren
verbindlichsten Dank.
1825 Familie Schmeichler.

Billigste Bezugsquelle
gedieg. Trauergarderobe
Westmanns
Trauer-Magazin
Berlin W., Mohrenstr. 37a
NO., Gr. Frankf. Str. 115.
Genaue Beachtung
meiner Firma u. Haus-
nummer geboten!

Glumen- und Krauzbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.

Deutscher
Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Verlmutter-
arbeiter
Alfred Ernst
am 18. Dezember gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 17. Dezember,
nachmittags 1 1/2 Uhr, von der
Halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzensir. 41, nicht am
Moritzplatz,
10-2-5-7 Sonntags 10-12 1/2-4

Deutscher
Buchbinder-Verband.
Zabitzelle Berlin.
Am Sonnabend, den 12. Januar,
verstarb nach langem Leiden unser
Mitglied
Elise Böttcher
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, 16. Dezember, mittags
1 Uhr, von der Leichenhalle des
neuen Luisen-Kirchhofes in der
Dormannstraße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Baustellen und Landparzellen
R. v. 4 Mk. an
nahe Bahnhof
Fredersdorf.
Kaufamt täglich im Pavillon am
Bahnhof und bei
Nieschalke & Nitsche,
Berlin, Neue Königstr. 16.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, dass mein
lieber Mann, unser herzensguter
Vater, der Kutscher
Albert Krueger
nach langem, schwerem Leiden im
53. Lebensjahre sanft entschlafen ist.
Um stille Teilnahme bitten
Marie Krueger und Sohn.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, nachmittags 3 Uhr von
der Leichenhalle des Neuen Ri-
gendorfer Kirchhofes, Rariendorfer
Weg, aus statt. 1885

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlich
Teilnahme bei der Beerdigung
unser geliebten Vaters lagen wir
allen Freunden und Bekannten, ins-
besondere dem Zentralverbande, so-
wie dem Belegverein unseren ver-
bindlichsten Dank. 1775
Geschwister Hannemann.

Hierdurch die traurige Mit-
teilung, dass unser guter Vater,
Bruder und Schwager, der
Schriftfeger
Bruno Kapuste
am Montag, den 14. d. Mts., im
47. Lebensjahre sanft entschlafen ist.
Dies zeigen liebtet an
Die trauernden Hinterbliebenen
Elise, Walter, Anna, Hans
als Kinder.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 17. d. Mts., nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes,
Rigdorf, Dormannstraße, aus statt.

In der Nacht vom Sonntag
zum Montag verstarb plötzlich an
den Folgen einer Operation
unser lieber Freund und Kollege,
der Schriftfeger
Bruno Kapuste
im 47. Lebensjahre.
Wir verlieren in ihm einen
braven Kameraden und werden
sein Andenken stets in Ehren halten.
Berlin, 15. Dezember 1908.
Die Kollegen
des „Berliner Tageblatt“.
Die Beerdigung findet morgen
Donnerstag, den 17. d. M., nach-
mittags 3 1/2 Uhr, auf dem
Emmaus-Kirchhofe, Rigdorf, Dor-
mannstraße, statt. 1885

Typographia.
Den Mitgliedern die betrübende
Nachricht, dass unser langjähriges
Mitglied, Kollege
Bruno Kapuste
am Montag früh verstorben ist.
Wir werden seiner stets in
Ehren gedenken.
Beerdigung siehe vorstehend.
Die Sänger werden gebeten
(soweit als möglich), unserem
braven Kameraden das letzte Ge-
leit zu geben. Der Vorstand.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, dass
unser Mitglied, der Bohrer
Karl Schulz
an Augenleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 16. Dezember, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Georgen-Kirchhofes in
Weihenker, Reuterstraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
129/4 Die Ortsverwaltung.

Verband der Bureauangestellten
und der Verwaltungsbeamten
der Krankenkassen u. d. Berufs-
genossenschaften Deutschlands.
Ortsgruppe Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Kenntnis,
dass der Kollege
Paul Meyer
(Oststranßenlatte der Ralzhin-
bauer zu Berlin)
infolge Schlaganfalls im 59. Lebens-
jahre verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 16. Dezember, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Elisabeth-Kirchhofes,
Prinzen-Allee, aus statt. 293/17
Der Vorstand.

Allen Verwandten und Freunden
die traurige Mitteilung, dass
meine liebe Frau
Elise Roeder
geb. Piper
nach langem Leiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag nachmittags 3 1/2 Uhr
von Trauerhalle Stallter
Straße 593 nach dem Emmaus-
Kirchhofe, Rigdorf, Dormann-
straße, statt.
Um Aufträge der trauernden
Hinterbliebenen
Wilhelm Roeder, Rigdorf.

Sparverein
„Gute Einlage“
Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Mitglied
Elise Roeder
am 14. Dezember verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 17. Dezember,
nachm. 3 1/2 Uhr, vom Trauer-
halle, Stallterstr. 593, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
1815 Der Vorstand.

Als
Weihnachtsgeschenk
besonders zu empfehlen:
Teppiche, Läufer, Gar-
dinen, Stores, Stopp-
decken, Tischdecken etc.
Rauchfische, Baner-
tische, Serviertische,
Pancelbretter, Büsten-
ständer, Säulen
etc. etc.

Die erste Grossmacht

bietet zum bevorstehenden Weihnachtsfeste Jedermann eine nie wieder-
kehrende Gelegenheit zum kasserst billigen Einkauf streng moderner, und
schöner Herren- u. Damen-Garderobe. Wir offerieren in grösster Auswahl

auf bequeme Teilzahlung
und mit Raten von **1 Mark an!**

Hochmoderne Jackettszüge, Rockanzüge in schwarz und farbig,
Gehrock-Anzüge, Frackanzüge, elegante Winter-Paletots,
Ulster etc. Damen-Paletots in wundervollen Fassons, Direktoire-
Kostüme in allen Preislagen, Gesellschafts- und Strassenkolder,
Ballkleider, Damenkostüme von den einfachsten bis elegantesten,
Kostümröcke, Jupons, moderne Coll-Jacken, Blusen in Wolle
und Seide. Pelz-Jacken, Pelz-Muffen, Pelz-Krawatten, Feder-
Boas etc. Kolossal niedrige Preise. — Jeder Herr, jede Dame erhält Kredit

M. Glogau nur 73, Alte Jakobstr. 73
Keine Filialen.
C. Wachsmann & Co. Reinickendorferstr. 15
direkt am Wedding-Platz
nahe der Feuerwache.
Paul Neugebauer Nachf. Charlottenburg
Wilmsdorfer-Str. 31.

Unsere Geschäfte sind bis abends 10 Uhr geöffnet.

Und Sie zögern noch?? Das wäre Ihr eigener
Schaden, denn der
Weihnachtsausverkauf im
Spezial-Konfektionshause Westmann

Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstraße 37a (kein Eckhaus, 2. Haus
von der Jerusalemstr.
und Berlin NO., Gr. Frankfurter Straße 115 (kein Eckhaus, 2. Haus
von der Andreasstraße,
erreicht wahrscheinlich schon Ende dieser Woche seinen Schluss!

Der Verkauf der
Originalmodelle, Reismuster und Kopien findet nur vormittags statt!!!
Kostüme, Kleider, Röcke, Blusen. Nur neueste Moden und Schnitte! : :
Palotots, Frauenmäntel, Übergangsmäntel, Kimonos, Jacketts, Golfjacken, Capes, Astrachan-
und Plüsch-Konfektion □ Abend- und Theater-Mäntel
Imitierte Persianer-Jacketts □ Kinder-Konfektion
Pelzjacketts □ Pelzmuffen □ Pelzstolen
— Alles in nur eleganten, neueren Fassons und feinsten Stoffen und Pelzarten. —
Keine Hamschwäre! Eigene Fabrikation!

Wert bis M. 25. — bis M. 42. — bis M. 75. — bis M. 120. — bis M. 250. — bis M. 500. —
heute nur M. 8%, nur M. 10. — nur M. 17%, nur M. 22. — nur M. 30. — nur M. 100. —

nach folgender Preiseinteilung:

Man achte im eigenen Interesse genau auf meine Firma und Hausnummer!

Geschäftszeit 9-9 Uhr.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lotalliste. Der Turnverein „Frisen“ in Lichtenrade...

Berliner Nachrichten.

Das Elend der Erdarbeiter.

Zu den meist geseinigten Arbeitern gehören neben den Ziegelei- und Bergslaven die Erdarbeiter.

Rippwagen zum Erdtransport auf fertigmontierten, aneinanderlegbaren Schienensträngen...

Durch den schnellen Fortschritt, den die Erdarbeiter beim Gebrauch der Rippwagen mit Pferde- oder Lokomobilbetrieb machen...

Der Verunglückte hat zwischen anderen Wagen und obendrein sogar auf einem Reergestell gestanden...

Die Mangelhaftigkeit des Betriebes bringt es mit sich, den Erdtransport so zu leiten, daß die gefüllten Wagen Teilstrecken so weit wie möglich laufen.

Das Entgleisen der Wagen passiert aber nicht bloß, weil die Schienen zu leicht beweglich und verschieblich sind...

Erdarbeiter sind meistens in einsamen Gegenden beschäftigt und die Unternehmer daher wenig beaufsichtigt.

Wenn man erwägt, wie heute unter den Augen der Behörden Vergleute, also Menschen, die unter Tage arbeiten...

Endlos erheben sich Klagen und Anklagen durch die Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten.

Von den Jugendlichen des Obdachs.

Seit einiger Zeit ist im Obdach der Stadt Berlin ein Pastor Crüsemann als Jugendpfleger tätig.

Aus den Darlegungen Crüsemanns mußte man den Eindruck empfangen, daß er im Obdach nicht Seelenfang betreiben, sondern den Jugendlichen nur behilflich sein will.

des Menschen“. Diese „geradezu wahnsinnige Strafe“ gelte den Juristen als Bagatel.

Die Jugendlichen des Obdachs, die Crüsemann durch seine Pfleger Tätigkeit vor dem Arbeitshaus bewahren will...

Crüsemann hält es für ratsam, womöglich ein besonderes Obdach für Jugendliche zu schaffen.

Postpakete nach England. In diesem Jahre werden zu Weihnachten in England wie auch hier drei Feiertage gehalten.

Ueber Ungerechtigkeiten des Eisenbahnverkehrs im Vorort, Stadt- und Ringbahnverkehr von Adlershof nach anderen Stationen...

Das ganze Terrain von Adlershof für den ganzen Stadt- und Ringbahnverkehr...

Noch mehr von Kaisers!

In der „Kreuzzeitung“ besagt eine blaublütige „Freundin dieses geschätzten Blattes“ den Beschluß...

Wir sind auch der Meinung, daß dem Volke alle die guten Dinge aus dem Hofleben...

noch macht. Man wird doch bei Hofe außer Essen und Trinken auch noch andere unvermeidliche Bedürfnisse haben...

Zwei Arten falscher Fünfmarsstücke, die anscheinend aus derselben „Fabrik“ herrühren, sind in den letzten Tagen angehalten worden.

Zellselbstexplosion in der Handelskammer. In der ersten Vormittagshälfte erfolgte gestern auf allen Wachen der Berliner Feuerwehre die Meldung „Mittelfeuer“...

Berlin W. amüsiert sich.

Während die Arbeitslosigkeit Nummer, Not und Sorge in Proletarierfamilien auslöst, gerührt man sich in Berlin W. die Köpfe über neue, kitzliche Amüsamente.

Ein Opfer des Straßenverkehrs wurde gestern mittag der 15 Jahre alte Schüler Walter Redlich aus der Münzstraße...

Wieder Arbeitslosigkeit Ursache zum Selbstmordversuch. Die Verweisung eines Lebensmüden rief am Montagabend unter den Fahrgästen eines Straßenbahnwagens...

Selbstmord eines Schulmädchens. Die Leiche eines unbekanntes etwa 13jährigen Mädchens ist gestern aus dem Teltowkanal geborgen worden.

Ein umfangreicher Dachstuhlbrand wütete gestern nachmittag in dem Eckhause Wulkenbergstraße-Danja-Allee.

Von besonderem Bed verlost waren dieser Tage drei Arbeiter. Im Sonnabendabend verlor der Arbeiter Klemer auf dem Wege von Vohagen nach seiner Wohnung...

80 M. in Papiergeld verloren hat am Sonnabendabend ein Arbeiter entweder in der neuen Badeanstalt Gerichstraße...

1050 M. ihm nicht gehöriges Geld, das in einem Portemonnaie enthalten war, hat am Montagmorgen ein Buchbinder auf dem Wege von der Kahlowerstraße 12...

Feuerwehrbericht. Gestern früh um 7 Uhr wurde die Berliner Feuerwehr nach der Niederlagstraße 1/2 gerufen...

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt

Belle Alliancestrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Kottbuser Damm

Wir geben unseren Kunden schon jetzt Gelegenheit zum besonders billigen Weihnachts-Einkauf und verabfolgen trotz billigster Preise bei Einkäufen noch die

Doppelte Anzahl Rabattmarken

Von dieser Vergünstigung sind nur wenige Artikel ausgeschlossen.

Pfefferkuchen **Spielwaren-Ausstellung** Baumschmuck

Unsere Geschäftshäuser sind jeden Abend bis 10 Uhr geöffnet.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.

Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Freyer, Köpen-Strasse 29:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Beratung der Vorlage, die Zusammensetzung der zukünftigen Generalversammlungen betreffend. 2. Ersatzwahl eines Bureauhilfsarbeiters.

Mitgliedsbuch legitimiert. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht Die Ortsverwaltung.

Achtung!

Vertrauensmänner!

Achtung!

Die Kollegen, deren Bücher am Jahreschluss vollgeleert sind, werden ersucht, bei der Ablieferung der Bücher auch ihre früheren Bücher abzugeben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Col. I. Amt 3, 1279. Charitéstrasse 2. Col. III. Amt 3, 1287.

Donnerstag, den 17. Dezember 1908, abends 6 Uhr:

Versammlung der Metalldrücker

Berlin und Umgegend

im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Engelufer Nr. 15.

Tages-Ordnung:

1. Branchenangelegenheiten. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Bitte genau zu beachten!

Der Feiertage wegen findet die Auszahlung der Krankenzustützung wie folgt statt:

Für den 20., 21., 22. Dezbr. am Montag, den 21. Dezbr. 23., 24. " " Dienstag, " 22. " 25., 26. " " Mittwoch, " 23. "

Am Donnerstag, den 24. Dezember, bleibt das Bureau von 1 Uhr ab geschlossen.

Für den 27., 28., 29. Dez. wird am Montag, 28. Dez. gezahlt

30., 31. " " Dienstag, 29. " " 1. u. 2. Jan. " " Mittwoch, 30. " "

Am 31. Dezember bleibt das Bureau v. 1 Uhr ab geschlossen.

Am 2. Januar 1909 bleibt das Bureau des Quartalschlusses wegen den ganzen Tag geschlossen.

Die Kollegen werden gebeten, die laufenden Unterweisungen bis Samstag abzugeben, die sich gesundmeldenden Kollegen nachmittags. Die Ortsverwaltung.

126/3

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Melchiorstrasse 28.

Filiale Berlin.

Fernsprecher Amt IV Nr. 4787.

Donnerstag, den 17. Dezember, abends 8 Uhr:

Mitgliederversammlung

in den Armin-Hallen, Kommandantenstr. 58/59.

Tagesordnung: 1. Statutenberatung. 2. Verbandsangelegenheiten.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt! Die Ortsverwaltung.

120/10*

Verleih-Institut: Friedrichstr. 115/1, a. Ordn. 1. u. 2. Etg. Grund. Geb. 1,50, Hofe 1,00, Seite 50 Bl.

Frack

Zentralverband der Schmiede

Zahlstelle Berlin.

Bureau: Steinfelder-Strasse 48. Telefon: Amt 15 7773.

Donnerstag, den 17. Dezember 1908, abends 8 1/2 Uhr:

Außerordentliche

Mitglieder-Versammlung

in den „Musterfäsen“, Kaiser-Wilhelm-Strasse 18m.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Otto Peter-Elling über: Werden die Berufsorganisationen durch die Konzentration des Kapitals überflüssig? 2. Die Unterhaltungsfrage der angestrebten Erwerbslosen. 3. Die Mahregelungsangelegenheit des Kol. G. Pöcker. 4. Anträge und Verschiedenes.

Kollegen! In Anbetracht der überaus wichtigen Tagesordnung ist der Erscheinen aller Kollegen unbedingt notwendig.

Die Vertrauensleute haben die Pflicht, alle in ihren Betrieben arbeitenden Mitglieder zum Besuch dieser Versammlung anzuhalten und auch selbst anwesend zu sein.

Die Ortsverwaltung. J. U. B. Stiering.

176/17

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- u. Zementbranche.

Gruppe: Rohputzer und Träger.

Mittwoch, den 16. Dezember 1908, abends 8 Uhr,

im Lokal von Jannaschk, Juchelstrasse 10:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung vom letzten Verbandstage. 2. Diskussion. 3. Bericht über die Lohnbewegung. 4. Gewerkschaftliches.

Um zahlreiches Erscheinen aller Putzer und Träger ersucht Der Gruppenvorstand.

140/15*

1. Weihnachts-Feiertag

abends 7 1/2 Uhr

Gewerkschaftshaus, Engelufer 15: KUNST-ABEND

Leitung: Margarete Walkotte

Mitwirkende: Herr Professor Krüger Nystradt, Konzertsängerin Fr. Meyer, Herr Emil Walkotte, Herr Mielke, Margarete Walkotte, am Flügel: Herr Bernhard Nitsche.

Entrée 50 Pf. im Vorverkauf. Abendkasse 60 Pf. Vorverkauf bei Herrn Horst, Engelufer 15. 298/16*

Stukkateure!

Donnerstag, den 17. d. Mo., abends 8 1/2 Uhr pünktlich, im großen Saal von Eisner, Kaiser-Wilhelm-Strasse 18 m:

Mitglieder-Versammlung mit Frauen und Gästen.

Tagesordnung: 1. Christentum und Arbeiterbewegung. Referent: Genosse Wolf. 2. Pflichten und Rechte der Mitglieder, darunter Fall Schwarz und der Tarifbruch unserer Kollegen bei F. U. Kraus. 3. Verschiedenes. — Zahlreichen Besuch erwartet.

Die Ortsverwaltung Berlin des Zentralverbandes der Stukkateure.

Jugendchriften

Die in der Sonnabendnummer des „Vorwärts“ vom 5. Dezember a. c. durch den Bildungs-Ausschuß empfohlenen Jugendchriften sind in unserer Sortimentsbuchhandlung, Lindenstr. 69 (im Laden) zu haben

Expedition des „Vorwärts“ Lindenstr. 69

Verfammlungen.

Eine Versammlung der Vorstände und Verwaltungsbeamten der Krankenkassen Berlins und der Vororte...

Der Kongress in Rom zählte offiziell ungefähr 1500 Teilnehmer, doch kam eine solche Zahl, wenn überhaupt...

gegen, daß man sie ohne weiteres generalisiert. — Auf dem Kongress war es leider nicht möglich, an diesen Ausführungen die nötige Kritik zu üben...

Von den Referaten, die auf dem Kongress gehalten oder vorgelesen wurden, rief besonders das des bekannten Generalmajors Jadowitz heftigen Widerspruch hervor...

Kommission Dr. Lennhoff nun zu dieser Versammlung eingeladen. Er war nicht gekommen, hatte aber ein Antwortschreiben geschickt...

„daß bis in die jüngste Zeit bei Vergabe von Kasernenstellen, z. B. bei dem Gewerkschaftenverein, entwürdigende Formen der Vererbung vorliefen, bei denen sogar Geschenke in beträchtlicher Höhe nicht zu den Seltenheiten gehörten.“

Als zweiter Punkt stand der Bericht über die Konferenzen im Reichsamt des Innern, die Reform der Arbeiterversicherung betreffend, auf der Tagesordnung.

Sodann wurden vier Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung gewählt. — Unter Verschiedenem machte der Vorsitzende auf den zum 16. Januar nach Berlin einberufenen Waldschuttag aufmerksam.

Antlicher Marktbericht der Königlich Preussischen Direktion über den Großhandel in den Central-Marktschulen...

Praktische Weihnachts-Geschenke! Großvater-Stühle, Ruhestühle, Bettstühle, R. Jaekel's Patent-Möbelfabrik

„Schlafepatent“ Pelzwaren-Fabrik S. Schlesinger, Neue Königstr. 21 II

E. Möbis, 14 Beuthstrasse 14, Teppdecken, größte Auswahl, sehr preiswert

Achtung!! St. Felix-Brasil, Hamburger Rohrtabak-Baus, Brunnenstr. 190

Festtag-Kleidung, Sacco-Anzüge, Gehrock-Anzüge, Herren-Hosen, Phantasie-Westen, Herrenanzüge, Baer Sohn

Als Geschenk! schön ausgestattete Körbchen mit unseren feinsten unübertroffenen Likörfabrikaten

Pelzwaren, Zigarren-Ausverkauf, Konkursmasse, Lothringerstr. 23

Hut-Arnold, Dresdenstr. 116, Hut und Mützen Engros-Geschäft

